A-02

Ukraine: Deeskalieren und Stabilisieren

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

47. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
DIGITAL - 28. - 29. Januar 2022

Antragsteller*in:	Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt:	A Aktuelle Debatte

Antragstext

Die Lage im Russland/Ukraine-Konflikt verschärft sich seit Jahren, zuletzt mit stark zunehmenden Tempo. Mittlerweile besteht eine ernstzunehmende Kriegsgefahr, die im worst case atomar eskalieren kann. Keine Seite scheint zum Einlenken bereit, alle verschärfen ihre Rhetorik. Bündnis90/Die Grünen als Friedenspartei und aktueller Regierungspartner in Deutschland sieht sich aufgrund der aktuellen Lage mehr denn je in der Pflicht zu handeln.

Die BDK fordert daher:

1. die Initiierung (durch die deutsche Regierung) einer hochrangigen Konferenz auf der Grundlage der fortbestehenden Gültigkeit der Helsinki-Schlussakte 1975, der Charta von Paris 1990 und der Budapester Vereinbarung von 1994, die über das Ziel einer Revitalisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur berät. Eine Voraussetzung dafür ist, dass seitens der westlichen Regierungen die – tatsächlichen oder vermeintlichen – Sorgen der russischen Führung ernstgenommen werden.

2. die Bereitschaft aller in den Konflikt involvierten Regierungen für die Dauer dieser Konferenz– und dafür wäre realistischerweise ein Zeitraum von mindestens zwei Jahren anzusetzen –auf jede militärische Eskalation zu verzichtet. Die deutsche Regierung wird sich auf westliche Seite und gegenüber den ukrainischen Gesprächspartnern auf allen diplomatischen Kanälen dafür einsetzen. Die scharfe Überwachung und Einhaltung des Minsker Abkommens durch alle Seiten ist unverzichtbar.

3. die Bekräftigung der aktuelle Beschlusslage der NATO, dass eine Ost-Erweiterung gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung steht – im Verständnis, dass eine solche nicht grundsätzlich auszuschließen ist, wie auch eine Mitgliedschaft Russlands nicht grundsätzlich auszuschließen wäre.

4. die Wiederbelebung des NATO-Russland-Dialog auf politischer und militärischer Ebene ohne Konditionen. Dazu zählt auch ein Neuansatz für die europäische Rüstungskontrolle. Nach Wegfall für die Sicherheit Europas wesentlicher Vereinbarungen (INF-Vertrag, KSE-Vertrag, Vertrag über den offenen Himmel) ist es angesichts der russischen Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Ukraine vordringlich, gezielt Maßnahmen zur Schaffung von mehr Transparenz, zur Förderung von Vertrauen durch Verstärkung von Kontakten auf politischen und militärischen Ebenen sowie zur Stabilisierung

regionaler
Konfliktsituationen zu vereinbaren.

5. weitergehende ökonomische Kooperationsangebote an die Ukraine wie auch an Russland.
Wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte einen wichtigen Beitrag zu europäischer Stabilität leisten und zudem ein Anreiz für Russland zur Rückkehr zu einer kooperativen Politik gegenüber dem Westen sein. Diese Zusammenarbeit könnte vorrangig
im Bereich des Klimaschutzes und des Ausbaus erneuerbarer Energie beginnen.

Begründung

Begründung folgt, s. a. LINK Ukraine-Papier

https://www.gruene-linke.de/wp-content/uploads/2021/12/Ukraine-Konflikt_15_12_21.pdf

weitere Antragsteller*innen

Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Mario Hüttenhofer (KV Konstanz); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Martin Pilgram (KV Starnberg); Joachim Schäfer (KV Frankfurt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Thomas Reimeier (KV Lippe); Reinhard Bayer (KV Gießen); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Tim Sedlmaier (KV Garmisch-Partenkirchen); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kajo Aicher (KV Bodenseekreis); Dorothea Gaumnitz (KV Erlangen-Land); Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn); Heinz-Hermann Ingwersen (KV Neumünster); Volker Beer (KV Borken); Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Andreas Müller (KV Essen); sowie 21 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.